

An den Minister der Justiz des  
Landes Nordrhein-Westfalen  
Herrn Dr. Benjamin Limbach  
Martin-Luther-Platz 40  
40212 Düsseldorf

Hamm, 21. April 2023

## **Deutschlandticket, Jobticket, Arbeitgebermarke und Klimawandel**

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Limbach!

Zum 01.05.2023 wird das Deutschlandticket mit einem Verkaufspreis von 49 € pro Monat eingeführt – ein wirklicher Fortschritt in der Verkehrswende sowie dem Versuch, den Klimawandel zu bekämpfen.

Auch wenn der Preis von 49,- € bereits sehr attraktiv ist, hat der nordrheinwestfälische Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Krischer Recht, wenn er bei der Arbeitgeberseite dafür wirbt, die Nutzung des Deutschlandtickets noch weiter zu fördern und zu bewerben, indem der Arbeitgeber das Deutschlandticket als Jobticket unterstützen solle. Bei einem Arbeitgeberzuschuss von mindestens 25 Prozent auf den Ausgabepreis werden weitere 5 Prozent Übergangsabschlag auf den Ausgabepreis gewährt werden.

Der Endpreis von dann nur noch 34,91 € soll aber aus Rechtsgründen ausschließlich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Privatwirtschaft möglich sein. Bezogen auf die Justiz, bezogen auf den gesamten öffentlichen Dienst in NRW einschließlich aller Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter soll es an einer Rechtsgrundlage fehlen, so dass man das, was man bei der Privatwirtschaft an Unterstützung und Engagement einfordert, selbst leider nicht tun kann.

Die rechtliche Einschätzung der aktuellen Lage mag zutreffend sein.

Aber ich bitte Sie, Herr Minister Dr. Limbach, zu bedenken, dass sich das Ministerium der Justiz – zu Recht – seit vielen Jahren um eine Verbesserung der Nachwuchsgewinnung bemüht, aktuell in Form der Etablierung einer „Arbeitgebermarke“. Wenn Sie den hochqualifizierten Nachwuchs mit professionellen Werbekampagnen überzeugen wollen, dann aber bei einem symbolträchtigen Detail einräumen müssen, dass man so etwas im öffentlichen Dienst nicht kann, ist es um die Wirksamkeit der Bemühungen schlecht bestellt. Und ich denke, dass diese Sorge nicht nur den Justizsektor trifft.

Zudem muss man sich wirklich fragen, wie es um die Glaubwürdigkeit der politischen Botschaft bestellt ist, die Arbeitgeber aufzufordern, etwas für die Verkehrs- und Klimawende zu tun, während man sich selbst unter Verweis auf die Rechtslage von diesem Anspruch ausnimmt.

Der Verweis auf die Rechtslage mag zutreffend sein. Aber dann muss unbedingt diese Rechtslage zeitnah geändert werden. Worten müssen Taten folgen, wenn der öffentliche Dienst als Arbeitgeber attraktiv sein und glaubwürdig bleiben will.

Bitte setzen Sie sich in diesem Sinne ein.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Christian Friehoff'. The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke extending to the right.

Christian Friehoff  
Vorsitzender